

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 9

Artikel: Demokratische AKW-Gegner : Diskussion
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094103>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Diskussion

Demokratische AKW-Gegner

Mit einer sehr willkommenen Ergänzung möchten wir heute auf ein Thema zurückkommen, das wir dieses Frühjahr im ZeitBild debattiert hatten. Ein Kommentar in Nr. 3/1978 stellte die Frage, warum der Protest der Atomkraftwerkgegner beim Absturz des sowjetischen Kosmos-Satelliten mit seinem Atomreaktor ausgeblieben sei. Wir haben dann in Nr. 6/1978 anhand einer Entgegnung, deren Belegmaterial den Vorwurf der politischen Manipulierung der Bewegung allerdings nicht widerlegte, sondern bestätigte, das Thema ausgiebig diskutiert. Nunmehr erreicht uns eine Einsendung mit echtem Informationszusatz, der ganz sicher «unter die Leute» gebracht werden sollte, denn es geht um eine organisatorische Alternative zur ideologisierten Bewegung. Hier ist der Brief.

Im ZeitBild vom 8. Februar 1978 wird der Vorwurf erhoben, der Protest gegen Atomanlagen sei «nicht mehr organisierbar, wenn er sich von der Sache her gegen die Sowjetunion richten müsste», er sei also «in seiner organisierten, seiner öffentlichen Form manipuliert». Diese These wird damit begründet, dass sich die A-Werk-Gegner beim Absturz des sowjetischen Reaktor-satelliten im Januar dieses Jahres in Schweigen hüllten.

Für einen Aussenstehenden ist es sicher schwierig, sich in dem gegenwärtigen Gewirr von A-Werk-Gegner-Organisationen zurechtzufinden und ihren politischen Standort zu bestimmen. Er ist oft, wie hier der Redaktor des ZeitBildes, auf indirekte Schlussfolgerungen angewiesen. Ich möchte diese Schlussfolgerungen ergänzen, aber auch berichtigen durch die *konkreten Erfahrungen*, die ich als aktives Mitglied der A-Werk-Gegner-Bewegung im Laufe mehrere Jahre machen konnte.

Um gleich zum Kern des Problems vorzustoßen: Die Unterwanderung von A-Werk-Gegner-Organisationen durch linksextreme Kreise ist tatsächlich eine ständige Gefahr. Es gibt in dieser Bewegung einen ausgesprochen bürgerlichen Flügel, zu dem das *Initiativkomitee für die Eidgenössische Atominitiative* zu zählen ist, und einen ausgesprochen kommunistischen Flügel, vertreten vor allem durch die «*Revolutionäre Marxistische Liga*» (RML). Im weiten Raume zwischen diesen klaren politischen Positionen bewegt sich die Masse der A-Werk-Gegner: meist junge Leute, zeitkritisch, aber politisch unerfahren, idealistisch, und ohne Hintergedanken zur Zusammenarbeit mit jedermann bereit, solange es um die gemeinsame «Sache» geht. Bei diesen jungen Leuten besteht trotz ihrer zutiefst positiven Grundeinstellung immer die Gefahr, dass sie sich von den Extremisten als Mitläufer missbrauchen lassen.

Bis zur «Nationalen Demonstration für einen vierjährigen Bau- und Bewilligungsstopp» am 27. August 1977 in Bern waren fast alle A-Werk-Gegner in der sogenannten «*Nationalen Koordination*», einem losen Zweckbündnis, vereinigt. Diese Zusammenarbeit wurde vom Frühling 1977 an immer schwieriger. Das Problem für den bürgerlichen Flügel stellte sich so: Wie sollte er sich

von kommunistischen Flügel trennen, ohne zugleich zahlreiche andere, gemässigte Gruppen zu verlieren, die diesen Schritt nicht verstehen würden? Nirgends gibt es ja eine klare Grenze zwischen der Linken und der Mitte, das Spektrum läuft kontinuierlich durch. Und die Linke trat mit Sammetpfötchen auf; sie verstand es meisterhaft, sich selbst als die allzeit Kompromissbereiten innerhalb der Bewegung, uns aber als die Undemokratischen und Intoleranten hinzustellen.

Ein Lichtblick in dieser trüben Zeit waren regionale Gruppen, die sich von vornherein scharf nach links abgegrenzt hatten und die nun darauf hinarbeiteten, dass diese Abgrenzung auch auf gesamtschweizerischer Ebene vollzogen wurde. Das kantonale Initiativkomitee Zürich ist eine solche Gruppe: Es hatte kurz nach seiner Gründung (1974) alle Mitglieder ausgeschlossen, bei denen auch nur der Verdacht bestand, dass ihr Kampf gegen Atomkraftwerke bloss als Vorwand zum Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen diene.

Nach der Berner Demonstration vom 27. August 1977, bei deren Vorbereitung die Linke uns schamlos ausmanövrierte — die Demonstration gipfelte ganz überraschend und gegen unseren Willen in einem Bekenntnis zur «direkten Aktion» —, war es endlich soweit. Das schweizerische Initiativkomitee trat aus der «Nationalen Koordination» aus und veranlasste die Gründung der «*Arbeitsgemeinschaft Eidgenössische Atominitiative*» (AGEA), eine Art Dachverband, der sich in seinen Statuten sorgfältig gegen linke Unterwanderung abgesichert hat. Er umfasst heute 21 Gruppen, die sich zum schweizerischen Rechtsstaat bekennen.

Es kann also spätestens seit dem Herbst 1977 keine Rede mehr davon sein, dass der Protest gegen Atomanlagen «in seiner organisierten Form manipuliert» ist. Uebrigens bezeichnen sich die RML-Anhänger, die auf dem linken Flügel dominieren, als «Trotzkisten» und lehnen als solche das heutige Sowjetsystem ab.

Damit habe ich die internen Verhältnisse innerhalb der heterogenen A-Werk-Kritiker-Bewegung offen dargelegt. Ich wäre sehr enttäuscht, wenn die Redaktion des ZeitBildes jetzt immer noch an

(Fortsetzung auf Seite 10)

H. und I. Johann

Die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen der Entwicklungsländer

309 Seiten, Efaliband, DM 38,-, Studie Nr. 14
ISBN 3 8039 0085 9

Die Arbeit versucht, einen kritischen Ueberblick über die zahlreichen Integrationsbestrebungen zu geben, die in Lateinamerika, in Afrika, im Vorderen Orient, in Südostasien und anderswo entstanden oder in der Bildung begriffen sind.

Grundsätzliche Fragen zur Integrationspolitik sind insoweit behandelt worden, als sie zur Aufhellung und zum besseren Verständnis der tatsächlichen Entwicklung erforderlich erscheinen.

Reihe
«Probleme der Weltwirtschaft»
des Deutschen Ueberseeinstituts, Hamburg

Klaus Bodemer

Entwicklungshilfe — Politik für wen ?

Ideologie und Vergabepaxis der deutschen Entwicklungshilfe in der ersten Dekade.

488 Seiten, Efaliband, DM 68,-
Studien Nr. 4, ISBN 3 8039 0099 9

Eine erste, systematische Bestandesaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik in der ersten Dekade auf der Basis interner Materialien.

Entstehungs-, Begründungs- und Zielzusammenhang der öffentlichen Hilfpolitik werden kritisch analysiert (1. Teil) und nach den Konsequenzen für die Theorie und Praxis der Vergabepolitik gefragt (2. Teil).

Reihe
«Studien zu Entwicklung und Politik»
des Arnold-Bergstraesser-Instituts
Freiburg

WELTFORUM VERLAG
TINTORETTOSTRASSE 1
8000 MÜNCHEN 19

Diskussion

(Fortsetzung von Seite 5)

ihrer Vorstellung von der Linkslastigkeit aller A-Werk-Gegner-Organisationen festhalten würde. Meinerseits bin ich bereit, zuzugeben, dass das Ausbleiben eines klaren Protestes an die Adresse der Sowjetunion ein Fehler war, der leicht zu dem fatalen Missverständnis führen konnte. Für diesen Fehler gibt es nur mildernde Umstände. Als solche möchte ich im Sinne einer Entschuldigung immerhin erwähnen:

1. Der fragliche Satellit diene militärischen Zwecken. «Kosmos 954 war ein Himmelsspion, der dazu diene, auch bei schlechter Sicht die amerikanischen Schiffe durch Radarstrahlen zu orten.» («Neue Zürcher Zeitung», 31.1.1978) Er gehört also in den allgemeinen Zusammenhang der weltweiten Aufrüstung mit atomaren Mitteln (wobei es sich allerdings um eine sowjetische Spezialität handelt; die USA haben seit 1965 keinen solchen Satelliten mehr in Umlauf gebracht). Nun sind die Gefahren der atomaren Aufrüstung allgemein bekannt und werden nicht ernsthaft bestritten. In der Sache ist also hier die Aufklärung der Bevölkerung, die wir uns zum Ziel setzen, gar nicht nötig.

2. Die Entscheidungen über atomare Auf- bzw. Abrüstung werden von den Supermächten getroffen, nicht von der Schweiz. Wir möchten uns vor allem dort einsetzen, wo wir etwas erreichen können.

3. Der Raum, der uns in der Presse insgesamt zugestanden wird, ist ausserordentlich beschränkt. Deshalb müssen wir klare Prioritäten setzen.

Nachtrag

Soeben erfahre ich, dass das Versäumte inzwischen glücklicherweise nachgeholt wurde. Die «Regional-Zeitung» (Herausgeber: Atominitiative, Postfach 725, 4002 Basel) bringt in ihrer Nr. 11, April 1978, den Protest des «Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke» (NWA), der sich ausdrücklich gegen die Sowjetunion richtet. Es heisst darin unter anderem: «Die Gefährdung wird noch erhöht, wenn, wie im Fall Kosmos 954, Energie durch Atomkernspaltung erzeugt wird, weil dabei gleichzeitig Atom Müll produziert wird. (...) Es ist bestürzend, dass die Behörden der Schweiz nicht offiziell von der sowjetischen Regierung vor dem Absturz gewarnt worden sind.»

Dr. H. van der Waerden, Wetzikon ZH

Red. ZB:

Ich bin sicher, dass wir ohne faule Kompromisse zusammenkommen. Für den Testfall des fraglichen Anlasses gelange ich dank Ihren tatsächlich vielsagenden Insider-Auskünften zur Feststellung, dass der Protest organisierbar gewesen wäre, aber leider nicht organisiert worden ist.

Man kommt mit politischer Enthaltensamkeit gegen politische Dominationsbestrebungen nicht auf, und Ihr «Nachtrag» bestätigt meine in diesem Zusammenhang schon geäusserte Ansicht, dass die Schlagseitigkeit für demokratische Atomkraftwerkgegner kein Schicksal zu sein braucht. Ein kleiner und etwas nachträglicher Schritt, auf den Sie hinweisen, aber in die gute Richtung. Und in der «NZZ» stand neulich (24. 4. 1978)

ein Protest gegen die Anmassung der «Linken», sich als Repräsentanten der gesamten Bewegung auszugeben. Die grosse Publizität ist das allerdings auch nicht.

Ich bedaure es mit Ihnen, dass der Raum, der den demokratischen Atomkraftwerkgegnern in der Presse insgesamt zugestanden wird, so klein ist, aber gerade deshalb darf man die Prioritäten nicht so setzen, dass man «dann halt» die politische Einbettung der Bewegung den «andern» überlässt, denen es überhaupt nicht um die Sache, sondern nur um ihre Politik geht. Sonst kann man nur auf ein Wunder warten, oder darauf, dass unsere TV da den Ausgleich schafft...

Was bei Ihrem Bericht über die politischen Strömungen in der Atomkraftwerkgegnerbewegung und der annähernden Notwehrgründung der AGEA aber unbedingt gesehen werden sollte, das ist die Uebertragbarkeit der Dinge. Was Sie an diesem Beispiel schildern, das spielt sich in andern Bewegungen, Initiativen, Aktionen usw. auch ab, und man hat überall aufzupassen, dass man nicht von jenen überspielt wird, die es anders meinen.



In Kürze

Eine interessante Frage nebenbei: Warum ist der 108. Geburtstag Lenins (geb. 22. 4. 1870) so viel wichtiger als der 107. oder 106.? Die sowjetischen Zeitungen haben um den Gedenktag herum bis zu drei Viertel ihres gesamten Umfanges diesem Gedenken gewidmet; präzedenzlos seit dem Hundertsten. Implizierter bis explizierter Sinn: Ohne den Leninismus (auf den die spanische KP sich nicht länger berufen will) kein Sozialismus und kein Kommunismus. Demonstrativ scharen sich die Sowjets um das Banner. Qui donc leur a sonné le car(r)illon?

*

Die Sowjetunion hat den Philippinen ein atomares Elektrizitätswerk verkauft. Warum nicht? Klar. Bloss: Diesen Vertrag konnte die Sowjetunion abschliessen, nachdem sich die amerikanische Regierung geweigert hatte, auf den Philippinen ein Kernkraftwerk zu bauen. In Washington ging man eben davon aus, dass Präsident Marcos ein Diktator sei und eine Atomanlage zu militärischen Zwecken missbrauchen könnte. Eine moralische Geschichte mit einem unmoralischen Ende. Aber von exemplarischer Moral.

*

Nationalistisches Aufbegehren gegen kulturelle Einebnungsbestrebungen in der UdSSR gibt es nicht nur in Georgien, wo Demonstrationen in Tiflis zu verzeichnen waren. In den Westen gelangt ist jetzt eine Samisdat-Schrift, welche die Geschichte der Vereinigten Nationalen Partei Armeniens aufzeichnet. Die ungestattete Partei wurde 1966 gegründet. Sie strebt die Unabhängigkeit des Landes an, wobei sie sich auf das verfassungsmässige Sezessionsrecht der Sowjetrepublik beruft. 1976 verbrachte man 14 ihrer Mitglieder in Straflager. Der Samisdat-Bericht entstand kurz darauf in Erewan.

*

Zu Ihren Ergänzungen meinerseits noch zwei Ergänzungen:

— Die militärische Zweckbestimmung des fraglichen sowjetischen Satelliten ist nicht die Lesart der Sowjets. Nach ihrer Darstellung war es ein Forschungssatellit. Und wenn man ihnen das nicht glauben will, wenn man also annimmt, dass sie bloss ihre militärischen Zwecke tarnen, dann wäre das eigentlich nicht gerade ein Grund weniger zum Protest.

— Wie immer es die RML-Anhänger mit der Sowjetunion halten, die POCH zum Beispiel macht auch kräftig mit, und beim Kosmos-Fall unter geradezu ausgesuchter Schonung der UdSSR. ZB-Leser haben diesbezüglich äusserst interessante Belege eingeschickt. Und es wird doch wohl auch ein allgemeines kommunistisches Bestreben selbst ausserhalb der Moskau-Hörigkeit geben, den kapitalistischen «Verursachern» möglichst wenig Entlastung durch Hinweise auf nichtkapitalistische Verursacher zu gönnen.

Zum Schluss: Da ich Atomkraftwerke befürworte (faute de mieux; wer tut es anders?), sind wir Gegner in der Sache. Aber nicht, wie mir scheint, in der Hauptsache. Christian Brügger

In der Zeitschrift «Sowjetunion heute» hat Prof. Jewgenij Worobjow über die Massnahmen referiert, die man in der UdSSR beim Bau von Atomkraftwerken zum «hygienischen Schutz der Bevölkerung» trifft. Die Aufzählung der Vorkehrungen und der dafür zuständigen Instanzen ist umfangreich. Was nicht vorkommt, ist die Mitsprache der Bevölkerung.

*

Ob die CIA eher ein Geheimdienst oder eher ein Pressedienst ist, scheint zuweilen das Rätsel zu sein, wenn es um ihre eigenen Belange geht. Indessen veröffentlicht sie auch Angaben über die Konkurrenz. Demnach hat der sowjetische Nachrichtendienst fünfmal mehr Agenten als alle Nachrichtendienste der westlichen Staaten zusammengenommen. Allein das Zentrum zur Bearbeitung nachrichtendienstlicher Daten in Moskau zählt 30 000 Angestellte; das analoge amerikanische Zentrum beschäftigt 4000 Personen. Objektiverweise muss man freilich zugeben, dass die Leute von KGB und GRU (der militärische Nachrichtendienst) manchmal schwierigere Aufgaben zu lösen haben als ihre westlichen Kollegen. Zum Beispiel die Entwicklung der amerikanischen Neutronenbombe in der UdSSR.

*

In der Sowjetunion bemüht man sich, das Rauhen zu bekämpfen. Das ist angesichts der Tatsache, dass Produktion und Vertrieb der einschlägigen Ware staatlich und profitär sind, sicher anerkennenswert, aber man versteht doch auch, dass die Hemmung der Behörden, den Leuten etwas verbieten zu wollen, sich auf diesem Sektor stärker auswirkt als auf andern. Zum Glück gibt es noch andere Methoden, und eine davon, in der sowjetischen Presse propagiert, ist besonders hübsch — oder besonders hässlich: Man solle endlich auf die Produktion ästhetischer Aschenbecher verzichten. Schlimm genug, dass es das Laster gebe, aber es auch noch zu schmücken, nein, das brauche man wahrhaftig nicht.